

Sozial-statistische Daten - Fakten - Erkenntnisse

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Zentralinstitut für Jugendforschung (ZIJ). (1985). *Sozial-statistische Daten - Fakten - Erkenntnisse*. Leipzig. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-390439>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig

Sozial-statistische Daten - Fakten - Erkenntnisse

zusammengestellt und
bearbeitet von

Dr. so. A. Pinther

Leipzig, Februar 1985

Nunmehr wird die vierte Folge der
Sozialstatistischen Daten - Fakten - Erkenntnisse
vorgelegt.

Wie alle vorhergehenden Sammelberichte, so soll auch
dieser knappe Überblick dem Jugendforscher einen Ein-
blick in Vorgänge geben, die uns in der Regel nur
tangieren.

Ich habe mich dabei bemüht, Wesentliches hervorzuheben
und auf Prozeßhaftes aufmerksam zu machen.

Wie immer sind kritische Rückmeldungen ebenso wie spe-
zielle Wünsche an die nächste Ausgabe (1985) erwünscht.

A. P.

Leipzig, im Dezember 1984

Inhalt des Berichts

	<u>Blatt</u>
1. Bevölkerung der DDR	5
Anteil im RGW	
Wachstum der Stadtbevölkerung	
Altersstruktur und Arbeitsfähigkeit	
Geschlechterverhältnis in der Bevölkerung	
2. Ehe und Familie	9
Veränderungen des Familienstandes	
Kinderwunsch, Geburtenentwicklung	
Geburtengeschehen 1983	
Geburten unverheirateter Mütter	
Lebensgemeinschaften	
Ehescheidungen	
3. Bildung und Erziehung	20
Kindereinrichtungen	
Schulen, Schüler, Klassenfrequenzen	
Übergang zur Berufsausbildung	
4. Berufliche Fragen	22
Berufsbildung	
Berufstätigkeit, Qualifikationsstand	
Stellung der Frau im Arbeitsprozeß und im gesellschaftlichen Leben	
Aufwand für Hausarbeiten	
5. Materiell-finanzielle Entwicklungen	28
Nationales Einkommen	
Einkommensstruktur der Bevölkerung	
Haushaltsausstattungen der Bevölkerung	

Blatt

6. Wohnbedingungen, Wohnverhältnisse	31
Wohnungsgröße nach sozialer Zugehörigkeit	
Veränderungen des Wohnungsbestandes	
Internationaler Vergleich	
Eigenheime und Gärten	
7. Verbrauch von Nahrungs- und Genussmitteln	37
Verbrauchszahlen, Alters- und Geschlechter- vergleiche	
8. Beispiele der Sozialpolitik	39
Wohnungswirtschaft, Mieten	
Bildung und Erziehung	
Arbeitsfreie Tage/Urlaub	
Sozialversicherung	
9. Urlaubsreisen der Bevölkerung	42
10. Gesundheitswesen	43
Anzahl der Ärzte	
Entwicklung der Sterblichkeit	
Geschlechtskrankheiten	
Arbeitsunfälle	
Arbeitsunfähigkeit nach Geschlecht und Alter	
Straßenverkehrsunfälle und -todesfälle	

1. Bevölkerung

Die DDR ist ein kleiner, dennoch bevölkerungsreicher Staat. Mit einer Einwohnerzahl von 16,7 Millionen bei einer Fläche von 108 333 km² hat sie eine Bevölkerungsdichte von 154 Einwohnern pro km². Die mittlere Bevölkerungsdichte in Europa beträgt hingegen 99 E/km².

Im internationalen Bereich nimmt die DDR folgende Plätze ein:

DDR im Vergleich

	<u>Europ. RGV-Länder</u>	<u>Europa</u>	<u>Welt</u>
Bevölkerungszahl	4.	10.	43.
Territorium	6.	16.	99.
Bevölkerungsdichte	1.	13.	43.

Was die Anzahl der in der DDR lebenden Bürger anbetrifft, so hat sich diese in den vergangenen 14 Jahren um durchschnittlich je 2 % pro Jahr verringert. Zwischen 1970 und 1983 betrug dieser Rückgang 367 000 Personen. Die Ursachen sind insbesondere auf eine starke Unterschreitung der einfachen Bevölkerungsreproduktion zwischen 1970 und 1976 zurückzuführen. Selbst der Geburtenanstieg in den letzten Jahren konnte dieses eingetretene Defizit nicht kompensieren. Die Tendenz der Bevölkerungsverringerung wird sich in den nächsten Jahren noch fortsetzen. Damit steigt auch das durchschnittliche Alter der DDR-Bürger (in den letzten 10 Jahren von 36,0 auf 37,5 Jahre).

Die Bevölkerungsveränderungen lassen sich grob zusammenfassen:

Bevölkerungsrückgang in 1000 Personen. Darunter

Zeitraum	Rückgang	Gestorbenenüberschuß (-)
		Geborenenüberschuß (+)
1970-1976	43,9	- 33,8
1976-1983	9,4	+ 4,9

In diesem Zusammenhang sollen einige Aspekte der territorialen Bevölkerungsveränderungen erwähnt werden. Ganz allgemein wächst in vielen Ländern der Verstädterungsgrad (Urbanisierungstendenz), damit auch die Anteile städtischer Bevölkerung. An wenigen Beispielen wird nun exemplarisch belegt, wie sich diese Tendenz in den Ländern der RGW zeigt:

Wachstum der Stadtbevölkerung an der Gesamtbevölkerung

RGW-Länder	1950	1960	1970	1980	1950:1980	(%)
DDR	71	72	74	76	107	%
CSSR	52	57	62	69	133	%
UVR	38	43	47	54	142	%
VRP	37	48	52	59	159	%
VRB	28	38	53	63	225	%

Bedingt für das mehr oder weniger schnelle Wachstum der Stadtbevölkerung ist das unterschiedliche Ausgangsniveau. Insofern kann es nicht verwundern, wenn Länder mit vordem stark agrarischem Charakter nach der sozialistischen Revolution ein weitaus bedeutenderes Städte- (und industrielles) Wachstum aufweisen, als beispielsweise die CSSR oder die DDR mit schon vorher größeren industriellen Ballungszentren.

Was die Bevölkerungsentwicklung in den Territorien der DDR anbetrifft, so ist für sie die Bevölkerungskonzentration auf flächenmäßig eng begrenzte Schwerpunkte typisch. In der DDR betrug 1983 der Anteil der Wohnbevölkerung aus städtischen Gebieten = 76,6 %, aus ländlichen Gebieten = 23,4 %.

Die Hauptanteile städtischer Bevölkerung liegen in Orten von 20 000 - unter 50 000 Einwohnern und in Großstädten (mehr als 100 000 E.).

Die Bevölkerung aus ländlichen Gebieten setzt sich zusammen aus rund 3500 Gemeinden mit weniger als 500 Einwohnern, rund 2000 Gemeinden zwischen 500 und 1000 Einwohnern, ca. 1800 Gemeinden zwischen 1000 und 2000 Einwohnern.

Im Ergebnis dessen wiesen vor allem die Stadtkreise eine Zunahme der Bevölkerung auf; hingegen haben Landkreise in der Regel Bevölkerungsverluste. Dazu wenige Beispiele:

Trotz des (anfängs) erwähnten allgemeinen Bevölkerungsrückganges nahm die Bevölkerung in 23 von 28 Stadtkreisen (einschließlich Berlin) im Zeitraum von 1971 bis 1983 um 484 000 Personen zu; eine Zunahme geschah aber lediglich in 12 von 191 Landkreisen. In den restlichen entstand dagegen ein Rückgang von 893 100 Personen. Bezogen auf die einzelne Gemeinde, schlägt sich diese Reduzierung vor allem in Gemeinden und Orten unter 10 000 E. nieder. Insgesamt weist jede sechste Gemeinde der DDR einen Rückgang von 20 % und mehr auf.

Die durch die Binnenwanderung verursachten Bevölkerungsveränderungen betreffen hierunter wieder kleine Gemeinden mit unter 2000 E. (in der Regel in den Nordbezirken). Heute haben bereits 75 % aller Siedlungen in der DDR weniger als 350 E. und 71 % aller Gemeinden weniger als 1000 E.

Das alles hat Auswirkungen verschiedener Art:

- . Die Bevölkerungsanteile im arbeitsfähigen Alter schwinden in diesen Wegzugsgemeinden schneller
- . Es erfolgt dort eine Verringerung der Anzahl von Frauen im geburtsfähigen Alter
- . Die Rentabilitätsschwelle für Nachfolgeeinrichtungen (Schulen, Kindergärten und -krippen, Gaststätten, Landverkaufsstellen u.a.) kann damit unterschritten werden
- . Überalterungsprozesse verstärken sich in den kleinen Gemeinden
- . die weitere Entwicklung aller Lebensbereiche in den "entvölkerten" Territorien verlangt einen hohen ökonomischen Aufwand.

Andererseits wirken die Migrationsprozesse günstig auf die Zuwanderungsgebiete, weil es vor allem die arbeitsfähige Bevölkerung ist, die in größere Orte und Städte zieht und unter dieser wiederum die jüngeren Leute (76 % zwischen 18 und 35 Jahre mit ausgeglichenem Geschlechterverhältnis).

In diesem Zusammenhang einige

Bemerkungen zu Altersstruktur und Arbeitsfähigkeit

Im Hinblick auf Altersstruktur und Geschlechterstruktur sind seit Beginn der 70er Jahre ebenfalls Veränderungen vor sich gegangen.

Im Kindesalter (etwa bis zur 8. Klasse POS) befanden sich

1970 = 22,6 % der Gesamtbevölkerung

1983 = 18,7 % " "

Im arbeitsfähigen Alter gab es

1970 = 57,9 %

1983 = 64,4 %.

Der Anteil der Rentner sank im angegebenen Zeitraum von 19,5 % auf 16,9 %. Diese Tendenz wird in den nächsten Jahren noch anhalten, wenn auch die Bevölkerung im Kindesalter stärkeren Schwankungen unterliegen wird als die im arbeitsfähigen Alter. Insgesamt ist aber mit weiterer Vorringerung der Kinder und Jugendlichen bis zum Jahr 2000 zu rechnen (fast 2 % pro Jahr), dagegen mit einer Erhöhung des Anteils Arbeitsfähiger um ca. 3 %.

In diesem Zusammenhang erhöhte sich bereits die Zahl der Berufstätigen zwischen 1971 und 1983 um 676 000 Werktätige auf gegenwärtig 8, 445 Millionen; das sind fast 9 % mehr als im Vergleichsjahr 1971.

Damit wird das gesellschaftliche Arbeitsvermögen der DDR positiv beeinflusst.

Zum Geschlechterverhältnis

Das Geschlechterverhältnis der DDR-Bevölkerung entspricht im Kindes-Jugend- bzw. arbeitsfähigen Alter weitgehend den biologischen Gegebenheiten - d.h. daß jährlich mehr männliche als weibliche Kinder geboren werden. Dieser "Männerüberschuß" bleibt aber nur bis zu durchschnittlich 35 Lebensjahren; von da ab halten sich Männer und Frauen anteilmäßig die Waage, aber ab etwa 50. Lebensjahr beginnen gravierende Veränderun-

gen der Geschlechterstruktur, die deutlich zugunsten der Frauen gehen. Das hat zwei Gründe: Einmal sind Frauen jenseits des 50. Lebensjahres mehr vorhanden als Männer, von denen ein erheblicher Teil durch den 2. Weltkrieg umkam; zum anderen besteht eine höhere Sterblichkeit bei Männern, welche außerdem früher als bei Frauen einsetzt (Frauen haben eine um rund 6 Jahre höhere Lebenserwartung).¹⁾

Zur Kennzeichnung dieser Struktureffekte soll folgender Vergleich dienen:

auf 100 männliche Personen kamen ... weibliche

Jahr	im Kindesalter	im arbeitsfähigen Alter	Rentenalter	=
1970	95,2	102,9	227,3	117
1980	95,1	98,7	228,7	113
1983	95,3	95,4	265,2	112

Damit ist zugleich erwiesen, daß die DDR-Bevölkerung altert. Die Ursachen sind:

- . Die Fertilitätsrate liegt etwa 5 % unterhalb des Niveaus des Ersatzes der Elterngeneration
- . Die Lebenserwartung wird sich nicht generell verändern
- . Die Sterberaten der Männer und Frauen im mittleren Lebensalter bleiben ziemlich konstant. Bis zum Jahr 2000 wird hier keine deutliche Veränderung eintreten.

2. Ehe und Familie

In den 70er Jahren und später sind merkbare Veränderungen in der Familienstruktur der DDR vor sich gegangen. Zwischen 1971 und 1981 nahm die Zahl der Ehepaare ab. Das ist in erster Linie dem Rückgang von Eheschließungen geschuldet, in

1) Im Jahr 1983 gab es in der DDR 773 000 männliche, aber 1 050 000 weibliche Rentner.

zweiter Linie der Zunahme von Ehescheidungen anzurechnen. Insofern hat sich der Anteil der verheirateten Bevölkerung zugunsten der Ledigen und Geschiedenen verringert.

Nach dem Familienstand waren 1970 = 1,713 Mill. über 18 Jahre ledig. Im Jahr 1982 waren es aber 2,174 Millionen. Diese Veränderungen betreffen vor allem jüngere Altersgruppen: Heute heiraten weniger junge Leute als noch vor 10 - 12 Jahren.

Hierfür ein tabellarisches Beispiel:

Veränderung des Familienstandes (Auszug)

Von jeweils 100 der männlichen Bevölkerung waren 1971 bzw. 1982 ...

Altersgruppen	ledig		verheiratet		geschieden	
	1971	1982	1971	1982	1971	1982
18 - u. 21	94	97	6	3	0,1	0,1
21 - u. 25	59	66	40	31	1	2
25 - u. 30	20	27	77	67	3	7

von jeweils 100 der weiblichen Bevölkerung

18 - u. 21	74	85	25	16	0,4	0,4
21 - u. 25	27	37	70	58	3	5
25 - u. 30	9	13	85	78	5	9

Während zwischen 1966 bis 1970 die Eheschließungsziffern erheblich gestiegen waren, ist nunmehr eine Verringerung eingetreten, die in dreierlei Hinsicht relevant zu sein scheint:

- . im Hinausschieben des Eheschließungsalters (meist wegen beruflicher Ausbildung bzw. Studium, NVA)
- . in der Zunahme eheähnlicher Verhältnisse (Lebensgemeinschaften)
- . in der Absicht, ledig zu bleiben.

Der Anstieg lediger Personen resultiert, wie zu sehen ist, insbesondere aus dem Anwachsen des Anteils der Männer. Beispielsweise entfielen 1982 auf je 100 Pers. im heiratsfähigen

Alter 20 ledige Männer, aber 14 ledige Frauen; bei letzteren war stattdessen der Anteil an Geschiedenen und Verwitweten fast dreimal so hoch wie der der Männer.

Das durchschnittliche Heiratsalter ist für Männer 26,9 J., für Frauen 24,2 J. (einschließlich Zweitehen). Für Ledige (Erstehen) beträgt es bei Männern 23,5 J., bei Frauen 21,4 J. Der allgemeine Altersunterschied ist gering (2,7 Jahre), bei jungen Leuten noch niedriger (2,1 Jahre). Das ist verständlich, weil heute weder biologische Gründe, noch materielle Bedingungen bzw. Statuspositionen den Ausschlag für die Partnerwahl geben. Noch bestehende Unterschiede sind einmal traditionell verursacht, zum anderen, weil oft die Gesamtbildung der Männer einschließlich der Dienstleistung in den bewaffneten Organen etwas mehr Zeit in Anspruch nimmt und im allgemeinen (noch) nach diesen Verpflichtungen geheiratet wird.

Kinderwunsch und Geburtenentwicklung

Der gesellschaftliche und zugleich subjektive Wert, den Kinder für den Fortbestand der Gesellschaft und für das Glück der Eltern haben, zeigt sich im Kinderwunsch. Mehr Kinder zu haben hat heute in den Wertorientierungen junger Leute eine etwas größere Bedeutung als Mitte der 70er Jahre. Der Idealwunsch ist gestiegen, und er wird annähernd auch realisiert. In vielen Untersuchungen (bes. ZIJ) stellte sich heraus, daß Bürger, die sich gesellschaftliche Werte in höherem Maße angeeignet hatten, sich deutlich stärker gesellschaftlich engagierten, in der Regel einen mehr auf die Mehrkinderfamilie gerichteten Kinderwunsch hatten als jene, die gesellschaftliche Erfordernisse weniger stark reflektierten und sich stattdessen mehr auf nur persönliche Ziele und Werte orientierten.

Als wesentlichste Begründungen für den Wunsch nach Kindern wurden herausgefunden:

- . Kinder als persönliches Glück, als Erfüllung des Lebenssinnes der Ehe/Familie
- . Kinder als Beweis der Liebe zum Partner und zur Stabilisierung der ehelichen Beziehungen

- . Kinder als Wunschkinder, Kinder als Geschwisterkinder
- . eine gesicherte Zukunft für die Kinder in unserem kinderfreundlichen Land mit sozialer Sicherung für Mütter, Kinder, Familien.

Nach wie vor steht die Zweikinderfamilie im Zentrum der nahezu fast übereinstimmenden Wünsche von Männern und Frauen. Ergebnisse des ZIJ weisen auf durchgängig stabile Wunschhäufigkeiten seit Jahren hin (63 - 66 % Zweikinderfamilie, 27 % ein Kind, 4 % drei Kinder, 1 % kinderlose Ehe). Zu ähnlichen Resultaten gelangten auch Soziologen des ISS und Demografen der Ifö.

Zum Geburtengeschehen

Gegenüber 1974 erhöhte sich bis 1980 die Zahl der Lebendgeborenen von damals 179 000 auf 245 000. 1983 wurden 233 000 Kinder geboren (für 1984 läßt sich ähnliches vorhersagen), nachdem in den Jahren 1981 und 1982 die Werte von 1980 nicht wieder erreicht wurden. Es ist somit zu vermuten, daß sich die Geburtlichkeit in den Folgejahren unter 240 000 einpendeln wird. Die bisherige Entwicklung - vor allem die Geburtenerhöhungen - sind zum einen das Ergebnis einiger wirksam gewordener sozialpolitischer Maßnahmen, zum anderen des Eintritts größerer Frauenjahrgänge in das fertile Alter.

Was letzteres anbetrifft, so wird aus folgender Aufstellung ein gewisser Zusammenhang deutlich.

Jahr	Frauen im fertilen Alter	Lebendgeborene (gerundet)
1974	3,464 Mill.	179 000
1978	3,597 "	232 000
1981	3,643 "	237 000

Was die gegenwärtige Geburtssituation anbetrifft, so soll auf einige Merkmale hingewiesen werden:

- . Auch 1983 wurde gegenüber den Gestorbenen ein Geburtenüberschuß (11 000) erzielt. Damit wird eine Entwicklung fortge-

- setzt, die 1979 begann. Seit dieser Zeit wurden insgesamt ca. 38 000 mehr Geburten als Sterbefälle registriert. Das ist ein Indikator einer positiven Entwicklung.
- . Gleichzeitig muß in Betracht gezogen werden, daß in den Jahren 1972 bis 1978 ein erhebliches Defizit gegenüber Gestorbenen bestand. Dies betrug für den genannten Zeitraum mehr als 235 000; damit wird erklärbar, daß der seinerzeit aufgetretene Bevölkerungsverlust noch nicht aufgeholt werden konnte.
 - . Würden alle Frauen im fertilen Alter Kinder bekommen, dann müßten pro Frau im Durchschnitt 2,1 Kind(er) geboren werden. Weil aber nach wie vor rund 10 - 15 % Frauen nicht Mütter werden (können), wäre der theoretisch errechnete Durchschnittswert pro Frau sogar 2,7, um die einfache Bevölkerungsreproduktion zu gewährleisten. Tatsächlich ist aber die altersspezifische Fruchtbarkeit seit 1971 nicht wieder erreicht worden. Sie betrug im Jahr 1980 zwar 1,94, 1983 ging sie aber schon wieder zurück auf 1,78, demgemäß war die Reproduktion im vergangenen Jahr nur zu 83 % gesichert. (Demografen sagen bis zum Jahr 2000 eine ständige Unterschreitung voraus, was einem Geburten-Defizit von mehr als 400 000 gleichkäme - hier vor allem besonders hoch in den Bezirken Karl-Marx-Stadt, Halle und Leipzig!)
 - . Angestiegen ist in den 70er Jahren der Anteil der Frauen, die mindestens 1 Kind zur Welt brachten. Vom Geburtenjahrgang 1936 (diese Frauen beendeten mit Beginn der 80er Jahre ihre fertile Phase) haben fast 90 % ein- oder mehrere Kinder geboren; 10 % blieben kinderlos. Vom Geburtenjahrgang 1946 hatten aber bereits zu Beginn der 80er Jahre fast 93 % ihr erstes Kind geboren, obwohl sie noch 10 Jahre haben, ehe ihre fertile Phase zu Ende geht. Diese Tendenz ist in erster Linie der Gesamtheit der Verbesserung der Lebensbedingungen zuzurechnen.
 - . Nicht jedes Kind ist ein Wunschkind, nicht jede Empfängnis ist verbunden mit einem Kinderwunsch, nicht jedes Paar benützt Verhütungsmittel. Trotz der Möglichkeiten der Kontra-

zeption wurden allein 1983 mehr als 96 000 Schwangerschaftsabbrüche registriert. Mit anderen Worten: 29 % der bestehenden Schwangerschaften, die hätten zu einer Geburt führen können, wurden nicht ausgetragen.

- Die Geburtenentwicklung und das Bevölkerungswachstum hängen stark ab von der Folge-Anzahl der Kinder, die geboren werden. 1960 wurden 69 % Erst- und Zweitkinder geboren, 31 % waren Dritt- und Mehrkinder. Über die weitere Entwicklung informiert folgender Vergleich:

	von 100 geborenen Kindern waren	
	1971	1983
erstes Kind	46,7	51,4
zweites Kind	29,8	36,6
drittes Kind	13,2	8,5
viertes und weiteres Kind	10,4	3,5

Die Abnahme der 3. und 4. Kinder hat mit zur unausgeglichene Bevölkerungsbilanz geführt. Neue sozialpolitische Maßnahmen seit 1983 sollen diesem Trend entgegenwirken.¹⁾

- Sozialstrukturelle Differenzierungen der Geburten, wie sie früher als "typisch" galten, sind nahezu beseitigt. Im reproduktiven Verhalten hat sich vor allem bei der Landbevölkerung ein tiefgreifender Wandel vollzogen. Es kam innerhalb der letzten 10 Jahre zu einer weitgehenden Angleichung an das (erheblich niedrigere) Reproduktionsniveau der Stadtbevölkerung. Heute gilt demzufolge nicht mehr, daß grundsätzlich "auf dem Lande" mehr Kinder geboren werden.

1) Frauen gebären das erste und zweite Kind gegenwärtig später als in den 50er und 60er Jahren. Das durchschnittliche Alter für den Beginn der fertilen Phase beträgt 22 J., mit 26 J. wird im Durchschnitt das 2. Kind geboren. Allgemein ist bis zum 30. Lebensjahr der Mutter der reale Kinderwunsch erst zu 78 % erfüllt, bis 35. Jahr kommen weitere 15 % hinzu. Insbesondere bekommen Frauen aus Intelligenzschichten erst zwischen 30 - 35 J. ihr letztes Kind. Der Geburtenabstand betrug zwischen 1. und 2. Kind 1960 = 2,8 Jahre, 1983 aber 4,3 Jahre, zwischen 2. und 3. Kind 1960 = 2,6 J., 1983 = 4,2 Jahre - er hat sich also fast verdoppelt!

- Eine weitere Tendenz der Geburtenentwicklung zeigt sich im ständig zunehmenden Anteil jener Kinder an den Lebendgeborenen, die von unverheirateten Müttern geboren werden. Umgekehrt ging damit der Anteil der Mütter, die bei Geburt des Kindes verheiratet waren, stark zurück. Rechnet man 1975 als Basiswert, so hat sich der Anteil der unehelich Geborenen im Jahr 1982 auf 182 % erhöht. 1975 wurden 29,6 Tsd. unehelich Geborene registriert, 1982 = 74,9 Tausend.

Anteil verheirateter und nichtverheirateter Mütter
(in Prozent)

Jahr	Geborene verheiratete Mütter	unverheiratete Mütter
1965	91,2	9,8
1971	84,9	15,1
1976	83,8	16,2
1982	68,0	32,0

1982 waren 50 % aller Erstgeborenen nichteheliche Kinder, dazu 13 % zweite Kinder. Die Anteile nichtverheirateter Mütter differieren - wie schon Jahre zuvor - bezirkweise sehr deutlich. Dazu ein Überblick, der dies auszugswise nachweist:

Anteile der Frauen, die bei Geburt des Kindes ledig waren, gemessen an der Geburtenzahl eines Jahres, die Kinder zur Welt bringen

Bezirke	1975	1982	1975:1982 (%)
Suhl	9,3	17,4	187
Schwerin	15,0	29,8	199
Leipzig	18,8	31,7	169
Gera	14,2	26,2	185
Rostock	17,6	33,1	188
Cottbus	14,1	29,4	209 (1)
Berlin	22,2	40,2	181

Die Gründe für den erheblichen Anstieg sind äußerst vielfältig. In der Hauptsache kommen aber in Frage

- . Die Lebensbedingungen und die gesellschaftlichen Voraussetzungen sind heute so, daß Mütter, die zum Zeitpunkt der Geburt nicht oder noch nicht verheiratet waren, dennoch ihren Kinderwunsch erfüllen können.
- . Eine Heirat kam nicht zustande, weil der Vater des Kindes nicht den Erwartungen der Frau (oder umgekehrt!) in eine eheliche Verbindung entsprach.
- . Die Mütter leben mit dem Kindesvater zusammen in einer eheähnlichen Lebensgemeinschaft.
- . Die uneheliche Mutter, gesellschaftlich in keiner Weise diskriminiert, nimmt sozialpolitische Vorteile wahr, die sie als verheiratete Frau nicht hätte in Anspruch nehmen können.
- . Der Kindesvater ist vor Geburt des Kindes verstorben oder verzogen (Ausland).

Nach dem Stand der Volkszählung von 1981 gab es im betreffenden Jahr 221 500 junge Ehen (kinderlose), das sind ca. 5 % aller Familien in der DDR.

An alleinstehenden Müttern mit Kindern unter 17 Jahren wurden 338 500 gezählt, das sind anteilmäßig 14 % aller Familien.¹⁾

Lebensgemeinschaften

Partnerschaft, Ehe und Familie gelten als wichtige Grundwerte des Lebens. Dabei gestalten sich Partnerschaft und Familienleben auf einem hohen Stand der Lebensbedingungen. Ein Bestandteil veränderter Lebensbedingungen und neuer Formen der Lebensweise ist, daß Lebensgemeinschaften mehr und mehr zu einer gesellschaftlichen Erscheinung geworden sind. Als Widerspruch stellt sich heraus, daß Lebensgemeinschaften zwar öffentlich toleriert werden, rechtlich jedoch keine Anerkennung

1) Familie wird hier nicht im juristischen, sondern im soziologischen Sinne gedeutet.

finden. So beispielsweise beim Versagen des Ehekredites oder der Anträge auf eine gemeinsame Wohnung, ebenso als Einseitigkeit des Erziehungsrechts, welches für die Kindesmutter, aber nicht für den Kindesvater einer Lebensgemeinschaft gilt.

Nach Ergebnissen des ISS wird angenommen, daß etwa 25 % - 28 % aller alleinstehenden Frauen im Alter von 18 - 35 Jahren in einer Lebensgemeinschaft leben (Die Volkszählungsergebnisse lagen mit rund 2 % Bev. stark darunter!) - von diesen in LG befindlichen Frauen haben 55 % Kinder. Schätzungen und Berechnungen des Ökonomischen Forschungsinstituts bei der SPK kamen auf 11 % aller in Partnerschaft lebenden Personen. Die genaue Zahl bleibt im Dunkeln.

Nach Untersuchungen im ZIJ, die 1983/84 bei jungen Facharbeitern, Fachschulabsolventen und Abiturienten vorgenommen wurden, würden für ihr künftiges Zusammenleben 65 % für eine Ehe, 32 % für eine Lebensgemeinschaft entscheiden, 3 % wollen ledig bleiben.

Diesen Resultaten zufolge - so wenig präzise sie sein mögen - beginnt die Lebensgemeinschaft einen relativ festen Platz bei heterogenen Partnerschaften einzunehmen.

Gründe für die stärker werdende Attraktivität der Lebensgemeinschaft sind noch nicht voll erforscht. Nach vorläufigen, nicht-repräsentativen Untersuchungen, scheinen für eine Lebensgemeinschaft zu sprechen:

- . LG als Vor- oder Erprobungsstufe (-phase) einer späteren Eheschließung (rund 50 % möchten erst eine gewisse Zeit ohne Heirat zusammenleben)
- . LG deshalb, "weil man sich da mehr um den Partner bemüht und sich nicht so gehenläßt" (60 %)
- . LG, weil man den eigenen Interessen und Gewohnheiten besser nachgehen kann (70 %)
- . LG, weil man sich dann leichter vom Partner trennen kann (52 %)
- . LG, um Vorteile zu nützen, die es nur für unverheiratete Mütter gibt (32 %)
- . LG, weil man über das eigene Geld frei entscheiden kann (30 %).

Die Vielfalt der hier vorerst ermittelten Begründungen läßt zumindest erkennen, daß ursprünglich geäußerte Bedenken, die Lebensgemeinschaften entstünden fast ausschließlich materieller-sozialer Vorteile wegen, heute nicht mehr in solcher Absolutheit gerechtfertigt sind. Auffällig ist jedoch der Wertewandel im Hinblick auf die Ehe und Familie, der weiter verfolgt werden muß. Er signalisiert m. E. nicht so sehr die Abkehr von der herkömmlichen Familie sondern eher eine zunehmende "Koexistenz" dieser beiden Partnerschaftsformen.

Ehescheidungen

Die Scheidungsraten stiegen seit Mitte der sechziger Jahre ununterbrochen. 1982 und 1983 wurden mehr als 49 000 Ehen geschieden. Ungeachtet der demografischen Entwicklungen und Veränderungen gab es in den letztgenannten Jahren je 22 000 Scheidungen mehr als 1970. Obwohl die hohen Scheidungsraten im gewissen Sinne Ausdruck hoher aber unerfüllter Partnererwartungen sind, auch gestiegenes Selbstbewußtsein der Frauen widerspiegeln, sind alle Ereignisse, die im Vorfeld und in der Folge der zerrütteten Beziehungen liegen, sozial nachteilig zu bewerten, denn familiäre Dissonanzen und Diskrepanzen schlagen sich nachweislich hemmend auf die Persönlichkeit und auf die Leistungsbereitschaft vieler der davon Betroffenen nieder.

Ehescheidungen nahmen in den letzten Jahren folgende Entwicklung:

<u>Jahr</u>	<u>Anzahl (ger.)</u>	<u>je 1000 Bevölkerung</u>
1960	24 500	1,4
1965	26 600	1,6
1970	27 400	1,6
1975	41 600	2,5
1980	44 300	2,7
1983	49 600	3,0

Die höchsten Scheidungszahlen haben nach Berlin (4,3 je 1000 Bev.) Frankfurt/O. (3,5) und Gera (3,1). Besonders scheidungsanfällig waren wiederum Partner unter 21 Jahren und überhaupt junge Ehen, deren Anteil an der Scheidung sämtlicher Paare über 40 % liegt.

Durch Scheidungen werden jährlich mehr als 50 000 Jugendliche und Kinder mitbetroffen. Zwei von drei Scheidungen werden durch Frauen beantragt, dies vor allem, weil bei uns jeglicher Boden für die Diskriminierung geschiedener Frauen entzogen ist, weil Frauen selbstbewusster geworden sind und materiell unabhängig(er) geworden sind als früher. Die Scheidungshöhe erklärt sich aber auch in einer ungenügenden Belastbarkeit - vor allem junger Menschen - im zwischenmenschlichen Bereich, in allzu idealisierten Vorstellungen von Ehe- und vom Sexualleben.

Untersuchungen des ZIJ und des ISS über vorherrschende Scheidungsmotive ergaben eine relativ große Übereinstimmung der Befunde.

Hauptsächlich zutage tretende Widersprüche zwischen Ehepartnern sind:

- . Der Inhalt des Begriffs "persönliche Freiheit" bzw. "Treue" wurde nicht oder nicht präzise zwischen den Partnern abgeklärt
- . die Erwartungen an befriedigendes Sexualverhalten bzw. an sexuelle Übereinstimmungen (Appetenz) wurden nicht erfüllt
- . gemeinsame Freizeitinteressen waren zu wenig vorhanden oder wurden zu wenig als gemeinschaftsfördernd genutzt
- . hoher Genußmittelverbrauch führte zu einer Lebensweise, die sinnvoller, vielseitiger Gestaltung des Ehelebens entgegensteht
- . Eheschließungen wurden vollzogen, weil ein anderes Motiv als Liebe vordringlich erschien (Wohnungserhalt, Wegzug von Eltern, NVA)
- . Einmischung der Eltern, aber auch Uneinigkeiten bei der Kindererziehung waren vorhanden, wodurch jeweils Koalitionsbildungen entstanden, die gegen einen der Ehepartner gerichtet waren

unterschiedliche Lebensanschauungen und Wertsysteme, v.a. im Zusammenhang mit der (Nicht)-Gleichberechtigung traten stark hervor.

3. Bildung und Erziehung

Kindereinrichtungen

Kinder- bzw. Vorschuleinrichtungen erfüllen wichtige Aufgaben, die sich deutlich abheben von früheren, teilweise heute noch in bürgerlichen Staaten praktizierten Behütungs- und Aufbewahrungsanstalten. Kinderkrippen und -gärten nehmen starken Einfluß auf die Entwicklung der kindlichen Persönlichkeit, auf ihre Vorbereitung für die Schule. Sie sind darüber hinaus ganz wesentliche Voraussetzungen, um die immer bessere Vereinbarkeit von Mutterschaft und Berufstätigkeit der Frau zu gewährleisten. Von den Eltern werden diese Einrichtungen in immer stärkerem Maße als fundierte Stätten der Bildung und Erziehung anerkannt; oft ist der Bedarf größer als die Bereitstellung entsprechender Plätze. Doch wird dem verstärkten Bedarf mehr und mehr Rechnung getragen (vgl. a. Abschnitt Sozialpolitik). Betreuung und Erziehung sind in den Kindereinrichtungen kostenlos; die Eltern zahlen lediglich einen Zuschuß für die Verpflegung (z.B. pro Kind und Monat in der Tageskrippe 16,80 M!).

Obwohl das Versorgungsniveau bei Kindergärten vollumfänglich erreicht ist und auch hinsichtlich der Krippenplätze Weltspitze darstellt, konnte bei letzteren der Bedarf noch immer nicht befriedigt werden. Verglichen mit dem Jahr 1970 ist aber bereits heute schon mehr als eine Verdoppelung der Kapazitäten vorhanden.

Den Entwicklungsstand des Versorgungsgrades kennzeichnet die auszugsweise Aufstellung (s. Blatt 21).

Im ersten Halbjahr 1984 wurden weitere 4305 Krippen- und 9650 Kindergartenplätze neu geschaffen, demzufolge gab es Mitte 1984 330 770 Plätze für Ein- bis Dreijährige und 794 000 Plätze für Drei- bis Sechsjährige.

Betreute Kinder in den Kindereinrichtungen je 100 entsprechender Altersgruppe

<u>Jahr</u>	<u>Kinderkrippen</u>	<u>Kindergärten</u>
1970	29,1	54,5
1975	30,8	84,6
1980	61,2	92,2
1983	66,1	91,1

Was die Krippenplätze in den Bezirken anbetrifft, so existierten und existieren hierzu noch beträchtliche Kapazitätsunterschiede. Beispielsweise hatten mit Stand von 1981 Frankfurt/O. und Rostock einen Versorgungsgrad von mehr als 70 % erreicht, dagegen Dresden, Karl-Marx-Stadt und Leipzig nur knapp über 50 %. Bei einem bedarfsgerechten Niveau der Versorgung (Annahme = 80 % der jeweilig infragekommenden Geburten) wären bis zum Jahr 2000 schätzungsweise noch mindestens 150 000 weitere Plätze zu beschaffen.

Bei Kindergärten herrscht aber weitgehende Angleichung in den Bezirken. Hier ist sogar zwischen 1990 und 2000 mit einem Rückgang des Bedarfes auf Grund der damit zusammenhängenden Geburtensituation zu rechnen.

Schulen

Gegenwärtig besuchen 2,024 Millionen Schüler der DDR eine allgemeinbildende polytechnische Oberschule. Die Schülerzahl hat sich gegenüber 1955 = 1,724 Millionen einerseits beträchtlich vergrößert, andererseits ist durch die Bildung neuer Klassen (1955 = 62 300, 1982 = 94 900) die Schülerzahl pro Klasse beträchtlich gesunken (von 27,7 auf 21,3). Damit sind bessere Möglichkeiten für einen effektiven, die Individualität der Schüler stärker berücksichtigenden Unterricht gegeben.

In den erweiterten Oberschulen sank im erwähnten Zeitraum die Klassenfrequenz von 25,2 auf 20,4 Schüler.

In steigendem Maße werden Schulabgänger der Klasse 10 in die Berufsausbildung übernommen. Der folgende Auszug weist das nach. ¹⁾

Aufnahme von Schulabgängern in die Berufsausbildung.

<u>Jahr</u>	<u>Gesamt</u>	<u>davon auf Klasse 10</u>	<u>= Prozent</u>
1965	184 000	98 500	54
1970	194 000	137 000	71
1975	207 000	162 000	79
1980	231 000	198 000	86
1985	185 000		

4. Berufliche Fragen und Probleme

Berufsausbildung ²⁾

Alle Jugendlichen, die für eine Berufsausbildung zur Verfügung stehen, erhalten eine Lehrstelle (Ausbildungsstelle) und nach dem Abschluß einen gesicherten Arbeitsplatz!

Seit 1970 haben mehr als 2,7 Millionen Schulabgänger eine Berufsausbildung erhalten. Gegenwärtig entfallen in der Berufsausbildung 12 Schüler auf einen Lehrer (Ausbilder in BBS, BS) - 1970 waren es 19.

1983 waren als Lehrlinge in der VE Wirtschaft und Handwerksbetrieben 426 000 Jugendliche (57 % männliche und 43 % weibliche) tätig. Diese Zahlen werden nicht beibehalten; auf Grund der demografischen Gegebenheiten werden sie bis 1990 rückläufig sein und zu diesem Zeitpunkt nur noch 326 000 betragen.

Der Anteil Berufstätiger ohne Lehrausbildung verringerte sich im Gefolge der verbesserten und verlängerten Schulbildung der Jugend. Die ältere Generation, hier insbesondere die Frauen,

1) u. 2) Weitere Daten können dem Statistischen Jahrbuch 1984 und der Statistischen Übersicht "Jugend in der DDR" entnommen werden. Außerdem erfolgt über die Thematik "Jugend" eine gesonderte Demografische Information Nr. 23.

hatte oft nur eine Anlernausbildung. So gab es 1950 noch 73 % werbstätige Bürger ohne abgeschlossene Berufsausbildung. Ihre Zahl verringerte sich rasch - über 59 % = 1970 - auf 17 % 1983. Entsprechend der demografischen Struktur wird sich dieser Anteil 1990 nur noch auf 15 % belaufen. Doch ist nicht mit einem Stillpunkt in absehbarer Zukunft zu rechnen.

Was die Ausbildung eines Jugendlichen bis zum Facharbeiter anbelangt, so werden dafür pro Ausgebildeten rund 26 000 Mark (aus staatlichen und betrieblichen Mitteln) veranschlagt.

Berufstätigkeit/Qualifikationsstand

Infolge der steten Erhöhung des beruflichen Bildungs- und Qualifizierungsniveaus hat sich die Qualifikationsstruktur der Bevölkerung ganz deutlich verändert. Die Zahl der Berufstätigen mit Hoch- bzw. Fachschulabschluß erhöhte sich von 716 000 im Jahr 1970

auf 1,5 Millionen im Jahr 1983.

(Beispielsweise wurden im Zeitraum von 1960 - 1980 in der DDR dreimal so viel Ingenieure und Diplomingenieure ausgebildet wie in der BRD.)

Im vorher angegebenen Zeitraum wuchs die Zahl der Meister und der Facharbeiter von 3,2 Millionen auf 4,9 Millionen. Damit sind entscheidende Veränderungen der Sozialstruktur der DDR-Bevölkerung verbunden!

Der Entwicklungsprozeß kann anhand der folgenden Übersicht verfolgt werden (siehe Blatt 24).

Berufstätige mit abgeschlossener beruflicher Ausbildung
je 1000 Werkstätige (Auszug)

Jahr	insges.,	davon mit Hochschul- abschluß	Fachschul- abschluß	Meister- prüfung	Facharbei- ter- abschluß
1971	607,9	42,6	73,7		491,6
1975	707,7	53,3	86,0	35,2	531,2
1980	801,7	66,7	121,4	37,1	576,5
1983	833,3	71,8	129,3	38,2	594,1
davon je 1000 weibliche Berufstätige					
1971	491,9	24,3	56,7		410,9
1975	607,2	34,7	75,0	6,7	490,7
1980	740,7	46,9	140,2	7,9	545,6
1983	775,5	51,1	151,4	8,5	564,4

Wie zu erkennen ist, hat sich insbesondere der Anteil weiblicher Fachschulabsolventen sehr schnell entwickelt und liegt heute über dem der Männer, dagegen sind Frauen mit Hochschulabschluß noch etwas weniger als Männer tätig.

In der beruflich-strukturellen Weiterentwicklung kann mit folgenden Tendenzen gerechnet werden: Der Anteil der Facharbeiter mit 10-Klassen-Abschluß wird auch in den nächsten Jahren noch steigen; ebenfalls wird der Anteil der Hoch- und Fachschulkader sich noch vergrößern. Diese Entwicklungen vollziehen sich im Zusammenhang mit dem stets geringer werdenden Teil berufstätiger Männer und Frauen ohne Berufsabschluß.

Damit ist verbunden: Wachsendes Niveau der Allgemeinbildung, erhöhtes Niveau und Stabilisierung der Facharbeiterausbildung, zunehmende Mehrfachqualifikation, sinkender Anteil der Arbeiter in Berufen des Produktionsgrundprozesses, wachsender Anteil von Facharbeitern in arbeitsmittelorientierten Berufen, höhere Disponibilität durch Zusatzausbildung, steigende Übereinstimmung von erforderlicher und tatsächlicher Qualifikation. ¹⁾

1) Vgl. a. Kurt Hager: Die Einheit von Wissenschaft, Kultur und Bildung, in "Einheit" 11/1984

Stellung der Frauen im Arbeitsprozess und im gesellschaftlichen Leben

Wie aus der vorliegenden Aufstellung ersichtlich, setzt sich die gleichberechtigte Stellung der Frau auch im System der Qualifizierung der Arbeit durch. Damit wird ein verfassungsgemäßer Auftrag erfüllt. Beide Geschlechter haben in allen Bereichen des gesellschaftlichen, staatlichen und persönlichen Lebens gleiche Rechte. Heute beträgt der Anteil berufstätiger Frauen am Gesamtanteil Berufstätiger 49,5 % - also etwa die Hälfte. Die Gleichberechtigung der Frau wird auch in anderen Bereichen des Lebens - z. B. in gesellschaftlichen Funktionen und Mitgliedschaften deutlich: Rund 21 % aller Frauen ab 18 Jahre sind Mitglieder der SED (darunter 73 % berufstätige Frauen). Im FDGB betrug die Anzahl weiblicher Mitglieder 4,7 Millionen, das sind 51 % aller Gewerkschaftsmitglieder; analog ist auch der Anteil von Frauen in gewerkschaftlichen Funktionen hoch - (51 %). In Ausschüssen der Nationalen Front arbeiteten rund 31 %, der DTUB hatte 27 % weibliche Mitglieder. Der Anteil von Frauen in Wahlfunktionen betrug 1983 = 53 % und war damit um 13 % höher als 1970. Die Anteile weiblicher Abgeordneter erhöhten sich folgendermaßen:

	1970 (%)	1983 (%)
Volkskammer	26,5	37,4
Bezirkstage	31,3	38,7
Kreistage	31,0	41,7
Gemeindevertreter	25,2	34,8

Im Jahr 1982 gab es 590 000 weibliche Neuerer, das ist rund ein Drittel an den Neuerern insgesamt. Von den arbeitsfähigen weiblichen Bürgern arbeiten heute über 90 % - 1960 waren es 69 %, 1970 82 %. Für die Zukunft ist jedoch nicht damit zu rechnen, daß in den Folgejahren das Aufkommen weiblicher Berufstätiger wächst. Diese Grenzen sind vor allem durch biologische Gründe - v. a. Mutterschaft -

gegeben. Stattdessen kann jedoch mit einer weiteren Reduzierung der teilzeitbeschäftigten Frauen gerechnet werden, deren Arbeitstag heute durchschnittlich schon weit über die "Halbtagsbeschäftigungszeit" hinausgeht. Zur Zeit arbeiten etwa 38 % Frauen in Teilzeitbeschäftigung (1970 = 32 %). Allerdings ist der Einsatz in Teilzeitbeschäftigung bezirksweise äußerst unterschiedlich. Den höchsten Teilzeitanteil hat (traditionell bedingt) Karl-Marx-Stadt, den geringsten Frankfurt/O.

Werkstätige Frauen leisten in allen Bereichen des Lebens einen entscheidenden Beitrag zur weiteren Entwicklung der DDR. Ein deutlicher Ausdruck ihrer Qualifizierungsbereitschaft ist der Anstieg weiblicher Werkstätiger mit einer abgeschlossener Qualifizierung überhaupt. Hatten 1970 60,8 % eine abgeschlossene Ausbildung vom Facharbeiter bis zur Hochschulreife, so 1983 schon 78,9 %. Damit hat sich die Tendenz der Annäherung weiblicher und männlicher Qualifikationsraten weiter verstärkt. Unterschiedlich ist dagegen ihr Einsatz in den einzelnen Wirtschaftsbereichen:

Anteil der Wirtschaftsbereiche an den Berufstätigen der DDR (Auszug)

Bereich	Prozent	insgesamt	davon weiblich
Industrie	57,9		42,2 (1)
Bauwirtschaft	6,9		16,1
Verkehr	5,8		27,2
Handel	10,1		73,9
Post Fernmeldew.	1,6		69,6

Freizeitauwand und Hausarbeitanteile der Frau

Im Vergleich mit den eben genannten Fortschritten der beruflichen Ausbildung, Qualifizierung und gesellschaftlichen Funktionen entwickelten sich Formen der Gleichberechtigung bei der Bewältigung häuslicher Arbeiten weniger stürmisch. Für Haushalte mit zwei Kindern waren nach Berechnungen der

Marktforschung im Zeitraum zwischen 1965 und 1974 ca. 47 Stunden Hausarbeit pro Woche erforderlich. Um Männern und Frauen die schwere und vor allem zeitaufwendige Arbeit zu erleichtern, trat im Bereich der Dienstleistungen eine sehr umfangreiche Steigerung ein. (Verglichen mit 1972 betrug diese im Jahr 1980 = 293 %.) Dennoch konnten auch in Untersuchungen aus dem Jahr 1980 keine wesentlichen Verringerungen des Freizeitverfügbarkeits festgestellt werden; die Einsparungen betragen nur etwa 6 % - 8 % des gesamten Zeitvolumens. Die schon in unseren Untersuchungen gefundenen unterschiedlichen Aufwandszeiten für Männer und Frauen (EHS-Intervallstudie des ZIJ) werden durch neue Erhebungen des ISS bestätigt, wie das die folgende Tabelle anzeigt:

Wöchentliche Zeitaufwand in Arbeitstagen

	keine Arbeit	bis 1 Std.	1-2 Std.	2-3 Std.	3-4 Std.	mehr Std.
Frauen (eign. Ang.)	0,2	7	31	32	18	12
Männer (eign. Ang.)	5	49	33	9	3	3
and. Fam.- Mitgl.	40	49	8	2	0,5	0,5

Über 60 % der Frauen verrichten zwischen 2 und mehr als 4 Stunden Hausarbeit, über 80 % der Männer bis zu 2 Stunden; 40 % - überwiegend Kinder sind (noch immer-) nicht in die häuslichen Pflichten einbezogen. Dabei wächst mit der steigenden Kinderzahl die von der Frau aufgewendete Arbeitszeit, vor allem dann, wenn mehr als zwei Kinder im Haushalt leben (vgl. a. EHS IS1). Mit zunehmender Bildung und Qualifizierung nimmt der Umfang der Hausarbeit ab, und die Männer beteiligen sich etwas stärker daran. Auch werden schichtarbeitende Frauen von ihren nicht-schichtarbeitenden Männern erheblich stärker unterstützt als andere Frauen.

Dabei ist eine Feststellung notwendig: Es ist unrichtig, generell zu unterstellen, daß der Mann Freizeit hat, während

die Frau Hausarbeiten verrichtet. Vielmehr sollte beachtet werden, daß Frauen häufig eine kürzere Arbeitszeit als Männer haben (TZB, Verkürzung durch Mutterschaft). Oft sind Männer etwas stärker beruflich beansprucht, sie üben (noch!) häufiger Leitungsfunktionen aus und verrichten auch mehr als Frauen Nebenverdienstarbeiten. Nach Berechnungen des Freizeitbudgets (ISS) betrug die durchschnittlich tägliche Freizeit der Frau etwa 120 Minuten, die des Mannes 140 Minuten. Gemäß den angegebenen Untersuchungen verfügt in 40 % der Familien (Ehen) der Mann über mehr Freizeit als die Frau, in 24 % der Fälle habe die Frau mehr Freizeit als der Mann. Schichtarbeiter beiderlei Geschlechts haben mehr Freizeit als Nicht-Schichtarbeiter. Das ist natürlich sozialpolitisch gerechtfertigt und auch beabsichtigt.

5. Materiell-finanzielle Daten und Fakten

Die kontinuierliche Wirtschaftsentwicklung weist sich unter anderem in der Erhöhung des produzierten Nationaleinkommens aus. Dieses Ergebnis kommt auch in der Erhöhung des Lebensniveaus der Bevölkerung - über eine höhere individuelle und gesellschaftliche Konsumtion - ebenso wie über soziale und kulturelle Aufwendungen für die Bürger - zum Ausdruck. Insgesamt stiegen sowohl die für die Akkumulation als auch die für die Konsumtion bereitgestellten Mittel, wovon letztere eine schnellere und höhere Steigerung aufwies.

Produziertes Nationaleinkommen (Basis = 1970)

	<u>in Milliarden Mark</u>	<u>in Prozent</u>
1970	117,4	100
1975	152,8	130
1980	187,1	159
1983	210,1	188

Ausgehend von der Tatsache, daß die ökonomische und sozialpolitische Entwicklung bestimmend ist für die Erhöhung und Verbesserung des Lebensniveaus der Bevölkerung, kam es in o. g. Zeitraum auch zu einer erheblichen Steigerung der Netto-Geldeinkommen der Bevölkerung:

Entwicklung der Netto-Einkommen (Basis 1970)

	<u>in Milliarden Mark</u>	<u>in Prozent</u>
1970	79,4	100
1975	101,1	127,4
1980	120,9	152,4
1983	131,1	165,2

Innerhalb dieses Rahmens erhöhten sich die individuellen Einkünfte - abhängig von den Arbeitsleistungen der einzelnen Werktätigen - und im Zusammenhang mit lohnpolitischen Maßnahmen. Das durchschnittliche Einkommen eines vollbeschäftigten DDR-Bürgers betrug im Jahr 1970 = 755 Mark (1955 waren es nur 432 Mark). Im Jahr 1983 hatte sich dieses durchschnittliche Einkommen auf 1080 Mark erhöht. Analog dazu stiegen auch die Sparguthaben. Einzelergebnisse sind dazu nicht bekannt, jedoch die Gesamt-Spareinlagen der Bevölkerung. Diese betrugen bei unseren Kreditinstituten im Jahr 1960 17 498 Millionen Mark

aber 1983 113 193 Millionen Mark, was einer Steigerung auf 647 % gleichkommt (!).

In entsprechendem Maße wuchs auch das Haushalteinkommen der Ehen und Familien beträchtlich und sicherte somit allen Bürgern ein hohes Niveau der Versorgung mit Nahrungsmitteln, Kleidung sowie einen ständig wachsenden Bestand an hochwertigen und langlebigen Industriegütern und Konsumartikeln. 1970 hatten beispielsweise 30 % der Haushalte ein Einkommensmittel von 1200 Mark monatlich und mehr, davon 7 % der Arbeiter- und Angestelltenhaushalte 1600 Mark und mehr. Im Jahr 1980 hatten aber schon drei Viertel aller Haushalte 1200 Mark und darüber als Durchschnittseinkommen, und fast

39 % der Arbeiter- und Angestelltenhaushalte hatten 1600 Mark und darüber zur Verfügung.

Im Jahr 1983 betrug das durchschnittliche Einkommen sämtlicher Haushalte = 1653 Mark, davon das eines 3-Personen-Haushalts 1768 Mark!

Über die Einkommensstruktur nach sozialer Zugehörigkeit des Haupteinkommensbeziehers gibt die folgende Tabelle Auskunft:

Einkommensstruktur nach sozialer Zugehörigkeit 1970 : 1980

	1970 (M)	1980 (M)
Haushalte von Arbeitern	745,-	1169,-
Haushalte von Genossenschaftsbauern	720,-	1260,-
Haushalte von Angestellten ohne Hochschulabschluß	894,-	1288,-
Haushalte von Angestellten mit Hochschulabschluß	1283,-	1552,-

Die Zahlen weisen eine noch immer deutliche Differenzierung - vor allem zwischen Intelligenzhaushalten und Arbeiterhaushalten - auf, dennoch sind Annäherungen zwischen den Gruppen außer der Intelligenz zu erkennen. Außerdem zeigt der Vergleich, daß die Steigerungen in den niedrigeren Haushalt-Einkommensstufen zwischen 1970 und 1980 größer sind als bei Intelligenz-Haushalten.

Mit diesen Steigerungen (Zahlen von 1983 sind z.Z. noch nicht bekannt) geht auch eine deutliche Veränderung der Bedürfnisstruktur vor sich. Beispielsweise waren in den Familien (durchschnittlich) vorhanden:

- eine Bibliothek	bei 42 %	(davon Gen.-Bauern 15 %, Intellig. 77 %)
- eine Hobbyausrüstung	bei 41 %	(davon Gen.-Bauern 15 %, Intellig. 60 %)
- Musikinstrumente	bei 20 %	(davon Gen.-Bauern 15 %, Intellig. 38 %)
- ein Stereogerät	bei 44 %	(davon Gen.-Bauern 18 %, Intellig. 55 %)
- ein Plattenspieler	bei 62 %	(davon Gen.-Bauern 43 %, Intellig. 86 %).

Zwischen 1970 und 1983 veränderte sich in der Haushaltsausstattung der Bürger der DDR folgendes:

	1970	1983
PKW-Besitz	15,6	43,7
Haushalt-Kühlschränke	56,4	125,0 (Mehrfachausstattung)
Haushaltwaschmaschinen	53,6	94,0
Fernsehempfänger	73,6	114,1 (Mehrfachausstattung)

Auch diese Gegenstände sind differenziert in den Familien der sozialstrukturellen Gruppierungen vorhanden. Dazu nur als expl. Beispiel der Besitz von PKW: Arbeiter 40 %, Angestellte 58 %, LPG-Mitglieder: 66 %, PGM-Mitglieder: 80 % (Die Werte sind gerundet, sie beziehen sich auf 1982; Untersuchung d. Marktforschung und ISS).

6. Fortschritte der Wohnbedingungen und Wohnverhältnisse

Unser Wohnungsbauprogramm ist darauf gerichtet, bis 1990 die Wohnungsfrage als soziale Frage zu lösen. Das umfaßt den Wohnungneubau ebenso wie die Modernisierung und den Um- oder Ausbau. Erforderlich wird damit gleichzeitig die weitere Instandhaltung gegenwärtiger Wohnsubstanz, aber auch dem Neubau zuzuordnende Bauten gesellschaftlicher, bildungsmäßiger Einrichtungen (Schulen, Kindergärten, Dienststellen) und Versorgungseinrichtungen unterschiedlichster Art sowie Dienstleistungseinrichtungen (Wäschereien, Kino, Gaststätten, Jugendklubs usw.). All das, insonderheit die konkreten Wohnbedingungen der Bürger, haben großen Einfluß auf die Lebenszufriedenheit der Menschen; stellen sie doch ein erstrangiges soziales Bedürfnis dar (vgl. Ergebnisse der EMB-15, der Freizeit-Studien, des JUI u. a. ZIJ-Resultate).

Der Wohnungsbestand der DDR hat sich im Gefolge des Programms seit dem VIII. Parteitag erhöht, wenngleich nicht in selben

Umfange wie der Wohnungsneubau. 1971 gab es in der DDR 6,057 Mill. Wohnungen; am 31. 12. 1981 wurden 6,562 Mill. Wohnungen gezählt. Dabei war 1971 die überwiegende Zahl der Wohnungen Zweiraumwohnungen; 1981 überwogen aber die Dreiraumwohnungen.

Entsprechend den Ergebnissen der Volks-, Berufs- und Wohnraumzählung hatten 1981 36 % aller Wohnungen ein modernes Heizsystem; in 60 % der Häuser befinden sich nunmehr die Toiletten im Wohnbereich; 64 % sind mit Warmwasser ausgestattet, in 68 % gibt es Bad oder Dusche. Daß dabei die Neubauten besonders gut ausgestattet sind, versteht sich. Denn bei diesen sind Zentralheizung, Elektroherde, Warmwasser, Bad, Dusche und WC zwischen 95 % bis 100 % vorhanden. Von allen Wohnungen befanden sich Ende 1981 17 % in Einfamilienhäusern, weitere 17 % in Zweifamilienhäusern und 66 % in größeren (Mehrfamilienhäusern bzw. Wohnblocks) Einheiten. Die meisten Familien leben unter guten bis sehr guten Wohnbedingungen; allerdings trifft das in der Hauptsache auf "ältere" Familien zu, also auf solche, die wohnungsmäßig als "endversorgt" gelten. 97 % davon lebten in einer eigenen abgeschlossenen Wohnung; bei 60 % war die Wohnung nach 1960 fertiggestellt.

Was junge Ehepaare bzw. Familien anbetrifft, so entscheiden bei ihnen die konkreten Wohnbedingungen mit über die Geburt von Kindern bzw. weiteren Kindern. Nach ISS-Ergebnissen sahen rund 60 % der jungen Paare ihre derzeitigen Wohnbedingungen nicht als geeignet an, einem weiteren Kind das Leben zu geben. Im Lichte dieser Resultate sind auch die neuen sozialpolitischen Maßnahmen mit zu sehen, die jungen Ehen besondere Aufmerksamkeit schenken und stark auf die Dreikinderfamilie orientiert sind.

Die Wohnungssituation ist - wie auch die gesamte materielle Situation der Familien - nicht unabhängig von dem derzeitigen Bildungs- und Qualifikationsniveau. Mit dem Bildungs- und Qualifikationsniveau korrespondieren auch die Größe und der Komfort der Wohnungen noch. Familien der Intelligenz (meist mit vergleichsweise weniger Kindern) besitzen unter

den städtischen Familien die größeren und komfortableren Wohnungen (40 % lebten in 4- und Mehrraumwohnungen mit höchstem Ausstattungsgrad einschließlich Telefon). Auch die Familien der Genossenschaftsbauern sind außerordentlich gut versorgt (25 % Eigentumswohnungen!). Arbeiterfamilien hatten dagegen die geringste Anzahl an Wohnräumen und leben unter nicht so komfortablen Bedingungen (weniger Dusche, Bad, IWC, Warmwasserversorgung).

Der folgende Überblick bezieht sich auf Ergebnisse aus dem Jahr 1982. Er widerspiegelt somit nicht den allerneuesten Stand, wohl aber die allgemeine Situation für die letzten zwei Jahre:

Wohnungsgröße nach sozialer Zugehörigkeit (ISS, 1982) (%)

Sozialstrukt.	2-Raum- wohnung	3-Raum- wohnung	4-Raum- wohnung	5- und Mehr- Raumwohnung
DDR-Durchschn.	12	50	28	10
davon				
Gen.-Bauern	16	34	32	18
Arbeiterfam.	15	57	23	5
Angestelltenfam.	12	56	26	6
Intelligenzfam.	6	53	32	8

Dabei sind mit Warmwasser 86 % Intelligenzwohnungen, 73 % Arbeiterwohnungen und 45 % Wohnungen der Genossenschaftsbauern ausgestattet; mit moderner Heizeinrichtung (nicht Ofenheizung) 77 % Intelligenzwohnungen, 63 % Arbeiterwohnungen und 26 % Genossenschaftshaushalte; Telefon besaßen 42 % der Wohnungen von Angehörigen der Intelligenz, 34 % Angestellte, 12 % Arbeiter.

Im Laufe der bisherigen Entwicklung stiegen die Ansprüche an erhöhtem Wohnkomfort. Das findet seinen Ausdruck auch in eigenen Initiativen zur Verbesserung der Wohnbedingungen, wie das in der EHE-IS sehr deutlich für junge Paare wurde. Gleichzeitig muß aber auch in Rechnung gestellt werden, daß schlechter Wohnraum heute mehr als früher abgelehnt

wird, selbst von Wohnungsuchenden, die längere Zeit ohne eigenen Wohnraum sind. So stehen schlechte Wohnungen oft längere Zeit leer.¹⁾

Tempo und Umfang des Wohnungsbaues nehmen zu, obwohl innerstädtisches Bauen häufig mit sehr komplizierten Bedingungen verbunden ist.

Allein im ersten Halbjahr 1984 wurden 101 500 Wohnungen neu gebaut bzw. modernisiert. Allerdings ist, wie schon angedeutet, der Bau von neuen Wohnungen nicht gleichzusetzen mit der Zunahme an Wohnraum überhaupt. Von den zwischen 1971 und 1981 errichteten Wohnungen (1,1 Millionen) wurden nur 538 000 wohnwirksam; ca. 500 000 mußten hingegen verlorengegangene Bausubstanz ersetzen. Nicht unbeträchtlich ist auch noch der Anteil vorhandenen Wohnraumes, der durch Betriebe und Institutionen zweckfremd genutzt wird.²⁾

Darüber hinaus wächst (vermutlich im Zusammenhang mit Lebensgemeinschaften) die Anzahl von Zweitwohnungen, und es mehrt sich die Zahl junger Bürger, die eine vom Elternhaus unabhängige Lebensführung anstreben und eigene Wohnungen beantragen.

Dem großen Fortschritt - 1981 stand erstmals in allen Bezirken der DDR mehr als ein Wohnraum pro Bürger zur Verfügung - steht entgegen, daß die Zahl der Wohnungsanträge nicht entsprechend dem Wohnungszuwachs reduziert werden konnte.

Über den Anstieg des Wohnungsbestandes informiert folgende Übersicht:

Wohnungsbestand 1971 - 1983

1971	=	6 057 000
1981	=	6 562 000
1983	=	6 737 000.

- 1) In allen Bezirken ist der Anteil leerstehender Wohnungen seit 1971 angestiegen (zwischen 50 % bis 200 %); in der Hauptsache sind es Wohnungen, die nicht den Bedürfnissen der Bürger heute entsprechen.
- 2) Während 60 % der Bezirke den Bestand an nicht zu Wohnzwecken genutztem Wohnraum zurückdrängen konnten (von 3 % auf 50 %), stieg in den "restlichen" Bezirken dieser Anteil zweckfremd genutzten Wohnraumes zwischen 10 % und 60 % an - gegenüber 1970.

Dabei wurden folgende Fortschritte erzielt:

- . Junge Paare erhalten jetzt bedeutend früher Wohnraum als in der Vergangenheit
- . Auf dem Land ist durch Eigentumsbau eine spürbare Verbesserung der Wohnsituation der Genossenschaftsbauern eingetreten
- . Die Wohnverhältnisse kinderreicher Familien sind im großen und ganzen in quantitativer Hinsicht gelöst
- . Bei der Berücksichtigung älterer Bürger gab es gewisse Fortschritte durch altersgerechte Wohnungen, durch Sanierung und Modernisierung der Stadtgebiete, in denen Ältere konzentriert wohnen, ferner durch Tausch der nicht mehr benötigten größeren Wohnungen gegen kleinere. ¹⁾

Die Wohnverhältnisse in den Bezirken der DDR unterschieden sich 1981 z. B. darin, daß 73 % der Bezirke ein Plus an Wohnungen gegenüber der Anzahl der vorhandenen Haushalte hatten. Im allgemeinen ging auch die Belegungsdichte zurück, jedoch nicht in jedem Bezirk in gleicher Weise. Hierzu sollen 4 Beispiele die verschiedenartige Situation demonstrieren:

Veränderungen der Wohnungssituation in verschiedenen Bezirken

Bezirk	Wohnungen insgesamt (je 1000)		Veränd. 1971/1981 (%) der Wohnraumsituation - Wohnraum pro Wohnung -	1971		1981	
	1971	1981					
K.-Marx-St.	776	816	103,9 %	2,4	2,6		
Suhl	187	207	108,7 %	2,9	2,8		
Frankfurt/O.	236	262	112,2 %	2,6	2,8		
Rostock	264	315	116,9 %	2,7	2,9		

Zum Abschluß der Wohnproblematik noch ein internationaler Vergleich. Er zeigt, daß die DDR in bezug auf Wohnraumversorgung ihrer Bürger und im Hinblick auf weitere erfolgreiche Ent-

1) Dabei gilt es, sich auf eine "neue" Rentnergeneration einzustellen, die einen relativ hohen Lebensstandard hat und anspruchsvollere Bedürfnisse!

wicklungen im Wohnungswesen Vergleiche mit anderen europäischen Ländern durchaus aufnehmen kann.

Anzahl der Wohnungen je 1000 Einwohner (Erfassungsjahr)

Dänemark	424	(1981)
Schweiz	424	(1981)
BRD	412	(1980)
DDR	403	(1983)
CSRS	361	(1983)
Niederl.	348	(1981)
Ungarn	331	(1979)
Italien	319	(1980)

(Quelle UNO-Statistik f. Europa u. eig. Berechn.)

Eigenheime und Gärten

Bezüglich der Versorgung mit Eigenheimen und Gärten gab es erhebliche Differenzierungen, die sich vor allem zwischen städtischer und ländlicher Bevölkerung zeigen. Bauernfamilien besitzen die meisten Eigenheime, aber auch die meisten Gärten (78 %). Das ist normal, denn es ist Ausdruck der ländlichen Siedlungsweise. Die städtische Bevölkerung hat demgegenüber weniger, aber immerhin 44 % Gärten bzw. Gartengrundstücke. Das ist Nachweis eines erheblichen Zuwachses, der aber noch immer nicht die Nachfrage befriedigen kann.

Der Besitz von Gärten steht ja in einem bestimmten Zusammenhang zum Grad der Zufriedenheit mit den Lebensbedingungen im Wohngebiet. Gewährleistet doch Gartenbesitz meist gute Erholungsmöglichkeiten für Familien mit Kindern und eine sinnvolle Nutzung der Freizeit - entfernt von Lärm und Luftverunreinigung.

In Berlin äußern drei Viertel aller Familien den Wunsch nach einem Garten oder Grundstück - das dürfte aber für alle Gegenden und Territorien ähnlich sein.

Der Realisierung so vieler Wünsche stehen aber nicht nur Aufwendungen von Zeit, Geld, Kraft, und Material gegenüber, son-

denn auch eine höhere Beanspruchung der Wasserversorgung und Versorgung mit Energie, häufig auch eine Zweiteinrichtung eines Haushaltes in Leuben und Bungalows und naturgemäß auch eine verstärkte Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel bzw. hohe Frequenzen auf den entsprechenden Straßen. Diese Fragen müssen bei Berechnungen von Aufwand und Ergebnis in die territoriale Planung Eingang finden.

7. Verbrauch von Nahrungs- und Genussmitteln

Da diese Problematik in den vorangegangenen Übersichten 1982 und 1983 ziemlich ausführlich erörtert wurde, soll hier nur auf einige neue Erscheinungen bzw. Tendenzen aufmerksam gemacht werden.

Die erhöhten Einkommen der Bevölkerung schlagen sich, neben höheren Ausstattungsgraden im Haushalt, dem Kauf oder Bau von Leuben und Bungalows, dem Erwerb von PKW, auch in einem höheren Anspruch und steigendem Konsum an Nahrungs- und Genussmitteln nieder.

Beispielsweise stieg der Umsatz des Einzelhandels - allein für Genussmittel - von 18 054 Millionen Mark im Jahr 1980 auf 19 696 Millionen Mark im Jahr 1983. Im gleichen Zeitraum erhöhten sich die Warenumsätze für Nahrungsmittel um 1757 Millionen Mark auf 33 882 Millionen Mark 1983.

Anders berechnet: Gemessen am Jahr 1970 = 100 % wurden 1983 150 % für Nahrungs- und Genussmittel ausgegeben; das ist pro Kopf der Bevölkerung ein jährlicher Betrag von 3 210 Mark, und dieser liegt sogar noch über dem Ausgabenbetrag für Industriewaren!

Bei Nahrungsmitteln erhöhte sich beispielsweise der Verbrauch von Fleisch und Fleischwaren von 91 kg auf 92,1 kg pro E., bei Trinkmilch von 100 l auf 105 l. Demgegenüber ging der Butterverzehr etwas zurück (von 10,6 kg auf 9,7 kg; auch wurde weniger Weizenmehl (bzw. entspr. Erzeugnisse) zulasten eines etwas höheren Verbrauchs des gesundheitsdienlicheren Roggenmehls benötigt. Besonders in "jüngeren" Haushalten reduzierte

sich der Verbrauch an nahrungsphysiologisch problematischen Mitteln gegenüber den älteren Haushalten. So hatten Haushalte, deren Einkommensbezieher nicht älter als 30 Jahre waren, einen um 20 % (!) geringeren Butterverbrauch und einen um 6 % niedrigeren Verbrauch an Fleisch- und Wurstwaren, auch wurden von diesem Personenkreis 13 % weniger Eier verzehrt. Dies ließe eine insgesamt positive Hinwendung zu einer gesünderen Lebensweise erkennen, würde dem nicht ein stattdessen vergleichsweise höherer Verbrauch an Zigaretten und Kaffee gegenüberstehen.

Insgesamt wurden im Jahr 1982 rund 25 % des Haushalt-Nettoeinkommens für Nahrungsmittel ausgegeben. Die Ernährungsgewohnheiten der Bevölkerung ändern sich nur langsam in positiver Richtung, denn noch heute wird im Denken vieler Menschen Wohlstand in Verbindung gebracht mit reichlichen kalorienhaltigen Mahlzeiten - dies wiederum besonders bei derjenigen Generation, die früher unter ständigem Hunger zu leiden gehabt hatte, und außerdem bei der ländlichen Bevölkerung, deren spezifische Ernährungsgewohnheiten (begünstigt durch Eigenerwerb) historisch gewachsen oder stabilisiert sind.

In bezug auf Genußmittel ist ein weiterer Anstieg unverkennbar. 1980 wurden 1720 Zigaretten pro Kopf der Bevölkerung (einschließlich Babys und Schulkinder) verbraucht, 1983 aber 1808.

Bei Spirituosen stieg der Anteil im gleichen Zeitraum von 12,3 l auf 14,4 l, bei Bier von 139 l auf 147 l. Das sind Verbraucherszahlen wie in noch keinem Jahr vorher!

Die Problematik wird auch insofern deutlich, als in diesem Anstieg auch Jugendliche einbezogen sind, die noch der Verordnung zum Schutze der Jugend unterliegen. Umfragen bei Personen ab 15. Lebensjahr ergeben, daß 90 - 95 % der Befragten zum Verbraucherkreis alkoholischer Getränke gehören. Auch kann - nach Alltagsbeobachtungen - davon ausgegangen werden, daß nicht wenige Jugendliche unter 15 Jahren beiderlei Geschlechts zu den Zigarettenrauchern gehören.

Von den Haushalt-Netto-Einkommen wurden 1982 10 % allein für Genußmittel ausgegeben. Was Alkoholverbrauch angeht, so gaben

ca. 70 - 80 % Befragte an, daß vorwiegend zu Hause getrunken wird. Dabei zeigte sich, daß das Verbrauchsverhalten einzelner Gruppen unterschiedlich gestaltet war. Berücksichtigt man neben den verschiedenen Einkommenshöhen weitere soziodemografische Merkmale, beispielsweise den Bildungsgrad oder die Verwendung des Freizeitfonds, so wird deutlich, daß die verbraucherstarken Gruppen auf Grund ihrer exponierten Stellung in der Gesellschaft maßgeblich die typischen Verhaltensmuster bestimmen, wobei insgesamt für Männer der Verbrauch alkoholischer Getränke eine beträchtlich größere Rolle spielt als für Frauen.

8. Sozialpolitik

In diesem Abschnitt wird auf bisher nicht besprochene Fragen der Sozialpolitik partiell eingegangen. Nicht jede Maßnahme kann im Rahmen dieser Groborientierung ausführlich erörtert werden.

Das umfassende System sozialpolitischer Maßnahmen seit dem VIII. Parteitag wurde und wird ständig ergänzt und erweitert, der Kreis der Begünstigten wird erhöht, die Aufwendungen des Staates werden - trotz schwieriger gewordenen wirtschaftlicher und politischer Weltlage - vergrößert. Hier ist zu denken an erneute Rentenerhöhungen, an den erweiterten Kreis von Kreditnehmern unter jungen Eheleuten, an spezielle Förderungen der Dreikinderfamilie und weiteres.

Einige Maßnahmen und Aufwendungen sollen besonders herausgehoben werden, zumal sie auch im Hinblick auf den XI. Parteitag der SED Argumentationsmaterial bieten.

Die Leistungen des Staates für die Wohnungswirtschaft und für die Beibehaltung niedriger Mieten betragen 1979 = 6,5 Milliarden Mark, 1983 aber 9,3 Milliarden Mark - also nahezu das Anderthalbfache!

Diese Aufwendungen werden von unseren Bürgern deutlich anerkannt, insbesondere auch im Hinblick auf die hier bekannten Mietsätze in der BRD.

In der DDR entfallen pro Haushalt durchschnittlich 2,7 % des Nettoeinkommens auf Mieten und 1,6 % auf Strom, Wasser und Gas.

Die durchschnittliche Mietsumme für eine 3-Raum-Neubauwohnung außerhalb Berlins beträgt 85 Mark, für eine Vier-Raum-Wohnung 104 Mark.

- . Die staatlichen Aufwendungen für Kredite gliedern sich bekanntlich in Kreditausreichungen und Krediterlasse.
1983 wurden 75 000 Ehepaaren Kredite mit einer Gesamtsumme von 486,3 Millionen Mark gewährt. Gleichzeitig aber wurden in mehr als 130 000 Fällen Krediterlasse wegen geborener Kinder in Höhe von 159,1 Millionen gegeben, davon zwei Drittel für die Geburt erster und ein Drittel für die Geburt zweiter oder dritter Kinder.¹⁾
- . Die Leistungen für Bildung und Erziehung der heranwachsenden Generation und für die Erwachsenenqualifizierung betragen 1979 = 9 Milliarden Mark, 1983 aber 10,4 Milliarden Mark, und sie steigen 1985 auf 12,3 Milliarden Mark an. Unser Staat zahlt pro Kind für die Entwicklung seiner Persönlichkeit bis zum 16. Lebensjahr aus gesellschaftlichen Fonds durchschnittlich 45 000 Mark; die Ausbildung eines Facharbeiters kostet ca. 26 000 Mark, die vom Staat getragen werden. Je Student an Universitäten und Hochschulen kostet in einem Ausbildungsjahr mehr als 10 000 Mark.
- . Die Zahl arbeitsfreier Tage stieg von 76 im Jahre 1949 auf mindestens 128 (ohne Haushaltstage und gesetzliche Feiertage) an. Eng damit verbunden war die Entwicklung des Ferientourismus mit einer größeren Anzahl von Ferienplätzen und qualitativ besseren Urlaubsbedingungen. Die Kosten für einen Erholungsaufenthalt betragen bei FDGB-Reisen im Durchschnitt nur 32 % der tatsächlichen Gesamtkosten und bei Kindern nicht einmal 15 % der Gesamtkosten.

1) Rahmenbedingungen für die Kreditausreichung sind die Häufigkeit der Eheschließungen und die Anzahl der Personen im Alter von 18 bis 26 Jahre. Diese Personenzahl nimmt künftig rasch ab, und zwar von 1984 = 2 204 000 Pers. auf 1 579 500 bis 1995; damit werden die für die Kreditausreichungen erforderlichen Mittel wesentlich geringer werden und 1990 "nur noch" 300 Mill. Mark betragen.

Jedes dritte Kind nimmt an der betrieblichen Feriengestaltung teil, wofür Staat, Gewerkschaft und Betriebe jedes Jahr mehr als 300 Millionen Mark bereitstellen. 1985 werden sich die Plätze in den Pionierlagern um wiederum 2 250 erhöhen, und sie betragen dann 39 000.

Die Kosten für einen Behandlungsfall im Krankenhaus belaufen sich pro Monat auf mehr als 1400 Mark.

Für jede Heilkur werden pro Kurpatient 1045,- und für jede prophylaktische Kur mehr als 510,- Mark von der Sozialversicherung bereitgestellt.

1981 wurden von der Sozialversicherung Geldleistungen erbracht für 127 300 Krankengeldtage (!)

Die Zahlungen der Sozialversicherung im Falle der Mutterschaft stiegen von 1977 bis 1982 um weitere 40 %, darunter die Unterstützung alleinstehender Mütter zur Pflege erkrankter Kinder um 95 %, und die Geldleistungen bis zur Bereitstellung eines Krippenplatzes erhöhten sich gegenüber 1977 um 248 %. (Das hat natürlich mit dem Anstieg von Geburten nichtverheirateter Mütter zu tun!)

Der Durchschnittsbetrag für die Zahlung des Schwangeren- und Wochengeldes hängt von der Geborenenzahl und von der Entwicklung des Durchschnittslohnes ab. Insofern muß aber mit einem Anstieg der Kosten auch dann gerechnet werden, wenn die Geburten nicht zunehmen.

Bisher stiegen die entsprechenden Aufwendungen von 1626 M im Jahr 1975 pro Mutterschaft auf 2953 Mark 1983, das sind 81 % mehr.

Bei Einrichtungen für die Betreuung von kleinen Kindern (Krippen, Dauerheime, kombinierte Kindereinrichtungen) betragen die aufgewendeten Summen das Anderthalbfache des Betrages, der 1975 dafür bereitgestellt werden konnte (rund 943 Millionen im Jahr 1982). Hinzu tritt ein umfassendes Netz ständiger häuslicher Betreuungen für Krippen und Kindergärten. Zur laufenden Unterhaltung der Krippen werden jährlich pro Krippenplatz 1200 Mark bereitgestellt. Eltern leisten dagegen einen nur geringen eigenen Anteil, nämlich 25,- bis 30,- Mark pro Monat für die Verpflegung.

9. Freizeit/Urlaub

Seit geraumer Zeit hat die Reiseaktivität während der Urlaubszeit einen festen Platz in der Planung der Familien und in entsprechenden Realisierungen gefunden. Diese Erholungsart wurde vor allem im Zusammenhang mit der seit 1979 wirksam gewordenen Urlaubsfreizeit, gleichfalls auch mit der wachsenden Erkenntnis über den gesundheitsfördernden Wert von Klima- und Ortewechsel bevorzugt. Allein 1983 hatten 1 800 000 Bürger Möglichkeiten, mit dem FDGB eine Urlaubsbereise zu unternehmen; hinzu kamen im selben Jahr noch 2 970 000 Plätze in betrieblichen Ferieneinrichtungen (Auslandfahrten nicht inbegriffen).

Urlaub wird also zunehmend außerhalb des Wohnortes verbracht. Angezogen ist dabei auch das Bedürfnis aller Klassen und Schichten, den Urlaub gemeinsam mit der gesamten Familie zu verbringen. Nahezu 90 % der von ISS befragten Familien haben ihren Urlaub in den vergangenen Jahren gemeinsam verbracht.

Wo Urlaubsreisen nicht in Anspruch genommen wurden, hatte dies in nur sehr geringem Maße finanzielle Gründe (ca. 8 - 9 %); wesentlicher waren für den Verzicht gesundheitliche oder altersbedingte Gründe (bzw. auch Viehhaltung oder Kleinstkinder).

Dennoch nimmt mit steigender Kinderzahl der Anteil von Familien zu, die daheim bleiben; das ist auch auf die Tatsache zurückzuführen, daß Kinder unter 2 Jahren im allgemeinen nicht in Heime des FDGB aufgenommen werden können (Ausnahme sind spezielle Erholungsheime für kinderreiche Familien). Durch die neuen sozialpolitischen Maßnahmen wird auch den Dreikinderfamilien mehr Möglichkeit zum gemeinsamen Urlaub geschaffen. Die bisherigen Ergebnisse gaben unter anderem Anlaß für die stärkere Beachtung und Berücksichtigung dieser Problematik.

Anteil der Familien, die ihren Urlaub daheim verbringen:

mit 1 Kind	=	17 %
mit 2 Kindern	=	23 %
mit 3 Kindern	=	34 %.

Die Urlaubsbereitschaft ist trotz der erwähnten Verstärkung auch in bestimmtem Umfang noch einkommens- und berufsbedingt. Beispielsweise liegt der Anteil von Personen, die jedes Jahr verreisen möchten, im Einkommensbereich bis 1000 Mark bei ca. 60 %, über 1200,- Mark und mehr bei 77 %. Als weiterer Einflußfaktor fungieren auch der Besitz eines PKW und die Qualifikationsstufe.

Die Untersuchung der Berliner Soziologen ergab:

Urlaubsgestaltung nach Klassen- und Schichtzugehörigkeit

	<u>Intellig.</u>	<u>Arbeiter</u>	<u>Angest.</u>	<u>Gen., Bauern</u>
Privatreise				
Inland	20,5	11,1	15,9	2,5
Ausland	22,3	8,6	14,5	-
zu Hause	11,7	29,1	20,4	82,5

(Restl. Werte auf Hundert wurden in dieser Berechnung nicht erfaßt.)

Alle Werte und Zahlen lassen den Schluß zu, daß die Reisehäufigkeit - sowohl beim Jahresurlaub als auch bei Wochenend-Kurzreisen - sich noch ausweiten wird.

10. Gesundheitswesen/Krankenstand

Für die Durchsetzung der Sozialpolitik leistet auch das Gesundheitswesen wichtige Aufgaben, insbesondere bei der Gesunderhaltung, der Gesundheitserziehung und bei der Krankenpflege/Betreuung der Bürger.

Im Jahr 1983 betrug die Zahl der in der DDR tätigen Ärzte (ohne Stomatologen) rund 36 200. Gegenüber 1980 hat sie sich damit wiederum um 2280 erhöht, damit stieg auch der ärztliche Betreuungsgrad für unsere Bürger von rund 20 Ärzten auf je 10 000 Bev. auf 22 (bei Zahnärzten von 5,8 auf 6,5). Gegenwärtig werden durchschnittlich 462 Einwohner von einem Arzt betreut, im Jahr 1971 waren es noch 1429.

Damit nimmt jetzt die DDR einen vorderen Platz in der Welt ein.

In den letzten Jahren ist der Krankenstand insgesamt gesunken; früher verbreitete Krankheitsursachen wurden weiter zurückgedrängt, die Säuglingssterblichkeit sank, die Lebenserwartung stieg an, die Sterblichkeit ging zurück.¹⁾

Bei insgesamt sinkender Mortalität wird diese bei Männern in erster Linie bestimmt durch bösartige Neubildungen von Trachea, Bronchus, Lunge und Hochdruckkrankheiten sowie ischämischen Herzkrankheiten; bei weiblichen Personen ergibt sie sich vor allem durch bösartige Neubildungen der Brustdrüse und der Urogenitalorgane. Die Mortalität der weiblichen Personen an den genannten Diagnosen konnte gesenkt werden, die der männlichen Patienten hat sich nicht verändert. Im Alter zwischen 15 - 60 Jahren beträgt die Sterblichkeit der Männer etwa das Doppelte der Frauen; die Ursachen hierfür sind noch nicht vollständig erforscht.

Infektionskrankheiten als Todesursache haben ihre Bedeutung fast völlig verloren; an TBK erkrankten 1981 10 Personen je 100 000 Bev.; an Typhus 0,04 Personen. Poliomyelitis und Diphtherie sind seit Jahren nicht mehr in der DDR aufgetreten.

Interessanterweise ist die Sterblichkeit nicht-verheirateter Personen beiderlei Geschlechts deutlich höher als der Verheirateten, unabhängig auch vom Lebensalter!!

Bezüglich der Geschlechtskrankheiten konnte ebenfalls eine rückläufige Entwicklung registriert werden. Bei Syphilis sank die Zahl der Fälle zwischen 1980 bis 1982 von 5,7 pro 100 000 Bev. auf 3,1; bei Gonorrhoe im selben Zeitraum von 30,4 je 10 000 Bev. auf 30,0 (ca. 50 000 Fälle). Die GO trat in verschiedenen Bezirken unterschiedlich häufig auf, so in Berlin mit 55/ 10 000, in Rostock mit 39,8/ 10 000, in Cottbus mit 34,2/ 10 000, dagegen in Suhl mit 17,9/ 10 000.

Zu Beginn 1982 wurden für das abgelaufene Jahr rund 1,134 Millionen Arbeitsunfähigkeitsfälle festgestellt.

1) Die Lebenserwartung betrug für männliche Kinder 1970 = 68,1 Jahr, für weibliche = 73,3 Jahre. Im Jahr 1982 aber schon 69,1 bzw. 75,1 Jahr. Die Sterblichkeit reduzierte sich von 1970 = 14,1 Gestorbene pro 1000 Bev. auf 13,3 im Jahr 1983.

Daraus resultierten bei Männern 13,7 Millionen und bei Frauen 8,2 Millionen Arbeitsunfähigkeitstage (11).

Die Fallhäufigkeit betrug also pro männl. Person 2050 auf je 10 000, bei weibl. Personen 981/ 10 000.

In bezug auf die Dauer der Arbeitsunfähigkeit wurde ein DDR-Durchschnitt von 16,3 Tagen für Männer und 17,5 Tagen für Frauen errechnet. Allerdings ist die Dauer der Arbeitsunfähigkeit stark altersbedingt:

Arbeitsunfähigkeit nach Lebensaltersgruppe in Tagen (Auszug)

	<u>männlich</u>	<u>weiblich</u>
Unter 25 Jahre	10,4	11,7
30 - u. 40 Jahre	14,3	15,6
50 - u. 60 Jahre	24,6	25,0

Wie in vorangegangenen Berichten mitgeteilt, ergibt sich wiederum bei Jugendlichen die geringste Zahl von Arbeitsunfähigkeitstagen (nicht Fällen!) gegenüber anderen Gruppen.

Zwischen 1970 und 1983 gingen auf der Grundlage eines umfassenden Unfallschutzes und entsprechender Kontrollen die Arbeitsunfälle zurück. Gab es 1970 noch rund 41 Arbeitsunfälle je 1000 Berufstätige, so 1980 noch 29 und 1983 noch 26.

Gemessen an der Sterbezahl haben Unfälle (jeglicher Art) einen geringeren Anteil als Krankheiten, nämlich nur 4 % bei Männern und 2 % bei Frauen. Die höchsten Unfallziffern ergaben sich immer wieder in der Altersgruppe 15 - 25 Jahre. An der Spitze stehen Verkehrsunfälle (bei rund 1600 Personen mit tödlichem Ausgang). Auch hier sind wiederum junge Männer am stärksten betroffen; ihre Sterbeziffer ist in dieser Kategorie sechsmal so hoch wie die gleichaltriger Frauen. Je 1000 verunfallte Personen starben 37, jedoch in der Altersgruppe zwischen 18 und 25 Jahren 57.

Da die Unfallhäufigkeit junger Menschen am meisten auf Straßenverkehrsunfällen beruht, sollen Ergebnisse von 1972 und 1982 gegenübergestellt werden:

Verletzte und Getötete bei Verkehrsunfällen
 (je 1 000 000 entspr. Bev.)

Altersgruppe 18 - u. 19 Jahre	1972		1982	
	verletzt	getötet	verletzt	getötet
mit Kleinkraftrad	175	4,1	377	5,2
mit Kraftrad	104	4,0	140	4,7
<u>18 - u. 25 Jahre</u>				
mit Kleinkraftrad	107	3,2	187	4,0
mit Kraftrad	407	14,9	276	10,0

Diese Zahlen benötigen keiner weiteren Kommentierung.

L i t e r a t u r

Quellen (z. T. wörtlich übernommen)

- Akademie der Wissenschaften der DDR, Institut für Soziologie und Sozialpolitik: Information über Hauptergebnisse der Bevölkerungsbefragung "Zur Lebensweise der Familien ..." Berlin 1984
- AdW (s. o.) Institut für Sozialpolitik und Soziologie (ISS): Demografische Prozesse und Bevölkerungspolitik in der DDR, Berlin 1984
- Bischoff, A., Hh. Der junge Haushalt. In: Marktforschung 1/1980
- Donath, P. Verbrauchsgewohnheiten bei alkoholischen Getränken. In: Marktforschung, 4/1983
- Eisenberg, W. Zu einigen Aspekten der Befriedigung der Wohnbedürfnisse. In Protokoll ISS, 2/1984, Berlin
- Hanslówka, H. Demografie und Statistik. Wien 1976
- Helbig, D. Die Einstellung der erwachsenen Bevölkerung zu einer vernünftigen Ernährung. In: Marktforschung 3/83
- Hoffmann, E. Soziale Faktoren der Entstehung des Kinderwunsches, MM-Projekt, Berlin, 1981
- Hoffmann, E. Der Kinderwunsch in der DDR. Diss. A., Berlin 1984
- Jahrbuch für das Gesundheitswesen in der DDR, Berlin 1983
- Krause, I. Demografische Information des ZIJ, Nr. 21: Die Frau in der DDR, Leipzig, Nr. 21, 1984
- Krause, I. Demografische Informationen des ZIJ, Nr. 22; Zum Lebensstandard der DDR-Bevölkerung, Leipzig 1984
- Krosse, J. Realeinkommen In: LVZ v. 25. 2. 1982

- Bodenig, W. Einheitlichkeit und territoriale Differenzierung in der DDR. Diss. B, Berlin 1984
- Ökonomisches Forschungsinstitut (ÖFI) der Staatl. Plankommission (SPK): Ergebnisse der VBWGZ zum Wohnen (1982)
- Pinther, A. Lebensgemeinschaften: Gedanken-Thesen-empirische Ergebnisse, ZIJ-intern, Leipzig 1984
- Pinther, A.; I. Krause Demografische Informationen des ZIJ Nr. 18, 19, 20
- Pinther, A. Sozialstatistische Daten - Fakten - Erkenntnisse Leipzig 1980, 1981, 1982
- Sachse, R. Zur Reproduktion der Bevölkerung und des Arbeitsvermögens. HfÖ (Hochschule für Ökonomie) unveröff. Berlin 1983
- Schuster, M. Demografische Aspekte der Reproduktion der Bevölkerung der DDR, Diss. A., Berlin 1984
- Speigner, W. und E. Strohbach Zur natürlichen Reproduktion der Bevölkerung in der DDR, In: Protokolle des Wiss. Rates f. Sozialpolitik und Demografie, Berlin 1983
- Statistisches Taschenbuch der DDR, Staatsverlag, Berlin 1984
- Winkler, G. Sozialpolitik zum Wohle des Volkes. In: Einheit 3/82
- Wissenschaftlicher Rat für Sozialpolitik und Demografie: Protokoll 1/84
- Wunsch, R. Zu demografischen Aspekten der Bildungsforschung, ZI für Hochschulbildung, Berlin 1983